
VDA nennt CO2-Vorgaben für schwere Lkw willkürlich

Der Verband der Automobilindustrie (VDA) geht hart ins Gericht mit der für schwere Nutzfahrzeuge beschlossene Regelung zur Kohlendioxidemission (CO₂). In einem aktuellen Statement sagt der Verband, die beschlossene CO₂-Regulierung ignoriere die Gegebenheiten auf den Nutzfahrzeugmärkten. „Die CO₂-Vorgaben für schwere Nutzfahrzeuge sind willkürlich definiert worden.“

Der VDA nennt die von Rat und Parlament beschlossenen CO₂-Grenzwerte für Lkw eine „enorme Herausforderung“. Leider setze die CO₂-Regulierung für schwere Nutzfahrzeuge zu ambitionierte Vorgaben für die Reduzierung der CO₂-Werte bis zum Jahr 2030. VDA: „Sie trägt der aktuellen technischen und wirtschaftlichen Realität des Nutzfahrzeugsegments nur ungenügend Rechnung.“ Schwere Nutzfahrzeuge würden ausschließlich unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten eingesetzt. Effizienz seit deswegen seit jeher das entscheidende Kaufargument, erklärt der Verband. „Dementsprechend senken die Nutzfahrzeughersteller den Kraftstoffverbrauch seit vielen Jahren kontinuierlich.“ Allein in den vergangenen fünf Jahren sei der CO₂-Ausstoß neuer Lkw um etwa acht Prozent gesunken, argumentiert der VDA.

Die Anreize zur Einführung von Niedrig- und Nullemissionsfahrzeugen hält der Verband für unzureichend. Alternative Antriebe für den schweren Langstreckenverkehr seien noch nicht marktfähig und beim Einsatz von Nutzfahrzeugen mit alternativen Antrieben fehle es vor allem an einer europaweiten Ladeinfrastruktur für Elektro-Lkw und einer bedarfsgerechten Betankungsinfrastruktur für alternative Kraftstoffe wie LNG oder Wasserstoff. „Eine solche Infrastruktur ist jedoch essenziell, um die beschlossenen Vorgaben zu erreichen“, stellt der VDA fest und empfiehlt, im Review-Prozess sollten daher die Potenziale synthetischer Kraftstoffe berücksichtigt werden.

„Better Regulation“ sollte eine ausgewogene Industriepolitik und Beschäftigungssicherung in Einklang bringen. Die beschlossene Regulierung lässt das nach Meinung des VDA vermissen. „So entstehen große Risiken für Unternehmen und deren Beschäftigte. Insbesondere die unverhältnismäßig hohen Strafzahlungen stellen selbst für große Nutzfahrzeughersteller eine Existenzbedrohung dar.“ (ampnet/Sm)

Bilder zum Artikel



Siemens baut auf einem Testfeld auf der A 5 bei Frankfurt eine Oberleitung für Hybrid-Lkw.

Foto: Auto-Medienportal.Net/Siemens



Lkw-Rastplatz.

Foto: Auto-Medienportal.Net/Wikipedia